

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

5.10.1929 (No. 232)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einschließlich Zustellgebühr. Einzelnummer 10 Pf.

Amtlicher Teil

Die Teilnahme der Badischen Regierung

Der Herr Staatspräsident hat nach seiner Rückkehr aus Berlin der Witwe des verstorbenen Reichsaussenministers Dr. Stresemann sowie dem Reichskabinett namens der Staatsregierung die Teilnahme zum Ableben des Herrn Reichsaussenministers zum Ausdruck gebracht.

Letzte Nachrichten

Erleichterung des Reiseverkehrs im besetzten Gebiet

Rein amtlicher Ausweis mehr erforderlich WZ. Paris, 5. Okt. (Tel.) Havas meldet aus Koblenz, daß die interalliierte Rheinlandkommission eine Verordnung zur Erleichterung des Reiseverkehrs im besetzten Gebiet veröffentlicht hat.

*Die Dammerstocksiedlung

Die Wohnungsfrage ist nicht nur eine Angelegenheit ästhetischer Betrachtung, nicht nur eine Angelegenheit der Kulturpolitik, sondern heute ebenso sehr ein Problem der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Ausstellung Wirtschaftliche Fertigung im badischen Landesgewerbeamt in Karlsruhe

Eine hochinteressante, allgemeines Interesse verdienende technische Ausstellung wird heute, Samstag nachmittag, im bad. Landesgewerbeamt in Karlsruhe eröffnet.

Geschäftsbericht der Deutschen Reichspost

235,86 Millionen Jahresgewinn WZ. Berlin, 5. Okt. Die Deutsche Reichspost veröffentlichte ihren Geschäftsbericht über das Rechnungsjahr 1928 (1. April 1928 bis 31. März 1929).

Reichsminister a. D. Dr. Scholz operiert

WZ. Berlin, 5. Okt. (Tel.) Reichsminister a. D. Dr. Scholz, der erste Vorsitzende der volksparteilichen Reichstagsfraktion, mußte sich einer Operation unterziehen.

Wenn es heutzutage einer Stadt gelingt, die Aufmerksamkeit des ganzen Reiches und darüber hinaus der zivilisierten Welt in einer rühmlichen Weise auf sich zu lenken, dann bedeutet das für diese Stadt einen großen Erfolg.

Wir haben in den letzten Jahren mehrfach die Forderung vertreten, daß das Land Baden und auch seine Landeshauptstadt viel mehr von sich reden machen müßten.

Wahlvereinbahrungen in der Tschechoslowakei

Gemeinsame Liste deutscher Parteien WZ. Prag, 5. Okt. (Tel.) Der Bund der deutschen Landwirte, die deutsche Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft und die Karpatendeutsche Partei in der Slowakei haben für die bevorstehenden Parlamentswahlen ein Wahlvereinbahrung geschlossen.

Macdonald in Washington

WZ. Washington, 5. Okt. (Tel.) Der englische Premierminister traf nach einem feierlichen Empfang in New York gestern in Washington ein, wo ein großer militärischer Empfang stattfand.

Der chinesische Oberbefehl

WZ. London, 5. Okt. (Tel.) Nach einer Times-Meldung wird aus Changhai berichtet, daß der Militärgouverneur der Mandchurie, Tschangfilians, sich persönlich nach Mandchuri begibt, um den Oberbefehl an der Grenze zu übernehmen.

Dr. Stresemanns Nachfolger auf der Reichsliste

Auf der Reichswahlliste der Deutschen Volkspartei steht als nächster Kandidat nach Dr. Stresemann Walther Meißner (Hildesheim). Meißner war während der ersten Wahlperiode 1920 bis 1924 Mitglied des Reichstages, wurde 1924 wiedergewählt, unterlag aber bei der Wahl im Jahre 1928.

Das Volksbegehren. Durch Bekanntmachung des Reichsinnenministers im Reichsanzeiger wird auf Grund des § 167 der Reichsverfassung vom 14. März 1924 das Eintragungsverfahren vom 16. bis 29. Oktober 1929 zum Volksbegehren mit dem Kennwort „Freiheit“ verordnet.

Außerdem wird vom Ansatze für wirtschaftliche Förderung Verpackungsmaterial in Gegenüberstellung von früher und heute, Betriebsmodelle und Schnitt- und Stanzwerkzeuge des verschiedensten Verwendungszwecks gezeigt.

Eine große Anzahl Firmen haben sich an der Ausstellung in verschiedenster Art beteiligt. Wir sehen neue und bereits bekannte Maschinen in technisch vollendeter Form.

Der Vorraum der Ausstellungshalle ist zum größten Teil ausgefüllt mit instruktiven Lehrtafeln des Deutschen Ausschusses für technisches Schulwesen (Datsch).

Die Betriebswirtschaftsstelle des Badischen Handwerks und das Deutsche Handwerksinstitut, Techn. Abteilung Karlsruhe, zeigen eine interessante Gegenüberstellung von handwerklichen Arbeitsverfahren ein- und jetzt, und versuchen durch Tafeln zu beweisen, daß viele der Rationalisierungsmaßnahmen, die bis jetzt getroffen wurden, sich auch für das Handwerk in vorteilhafter Weise anwenden lassen.

Die Technische Hochschule Karlsruhe ist durch das Mechanisch-Technologische Institut (Prof. Dr. Rehner) vertreten, das Werkstücke aus der Materialprüfung und Materialverarbeitung bringt. Das Scharenwerk bringt Teileinrichtungen von Drehbänken aus dem Jahre 1906, und als Gegensatz hierzu die entsprechenden Teile, wie sie dem Einfluß moderner Fertigung im Jahre 1929 hergestellt werden.

Die deutsche Reichsbahn, vertreten durch die Reichsbahnausbesserungswerke Schwetzingen, Durlach, Karlsruhe, Offenburg und Wittenberge zeigt in mannigfacher und vielseitiger Weise gleichfalls verschiedene vereinfachende Vorrichtungen und Arbeitsverfahren.

Kontrolluhren, Zeitmeßinstrumente und verschiedene Wagen für Mengen-, Maß- und Gewichtskontrolle, sowie die modernsten Meßinstrumente sind vertreten durch Köhner, Berlin, Dr. Reissler, Leipzig, Wenzing, Kienle, Alpina, Hommel, Alig und Baumgärtel, Schnellwagenfabrik, Rohr und Federhaff. Aber Oberflächenschuh und wie die Metallprüfverfahren erzielt werden, geben Probestücke von Dr. Schlotter und Oberingenieur Mitscher Aufschluß.

Ganz besonders zu erwähnen sind die Sperrholzproben und Tafeln über Sperrholzbehandlung, die Schütte-Lanz, Mannheim, in Verbindung mit dem Prüfraum, Prof. Dr. Gaber (Techn. Hochschule, Karlsruhe) zur Darstellung gebracht hat. Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Betriebsingenieure, Berlin, der Verein Deutscher Ingenieure, der Ausschuss für wirtschaftliche Fertigung, und das Städt. Elektrizitätsamt, sind vertreten durch Tafeln und Wälder verschiedensten Inhalts.

Zweifelslos ist die Dammerstocksiedlung ein Unternehmen, welches die Aufmerksamkeit aller am modernen Wohnungsbau interessierten Kreise des Inlandes und Auslandes auf sich ziehen wird.

Gerade für Karlsruhe ist das ein ganz besonderer Vorzug, weil Karlsruhe eine Technische Hochschule besitzt, an welcher ein großer Teil unserer zukünftigen Architekten und Baumeister ausgebildet wird.

Das gesamte Publikum aber — in erster Linie natürlich das in Karlsruhe und in Baden — wird durch die Dammerstocksiedlung aufs nachhaltigste angeregt werden. Es wird, vorbehaltlich aller Kritik im einzelnen, die Wahrheit erkennen lernen, daß man mit wenigen, soliden und wirklich zweckmäßigen Möbeln und Einrichtungsgegenständen glücklicher lebt als mit der Unmasse von Möbelstücken, mit denen man sich bisher herumzuschlagen hatte.

Die sozialpolitische Bedeutung der Dammerstocksiedlung besteht darin, daß hier dem Wohnungsuchenden, und zwar vor allem dem jungen Ehepaar, das sich erst einrichten will, eine praktische Wohnung in hygienisch einwandfreier Lage zu billigem Preise dargeboten wird. Ein Mietpreis von 50 RM für eine Dreizimmerwohnung

mit eingereichtem Bad oder ein Mietpreis von 85 M für eine Fünftzimmerwohnung mit eingerichtetem Bad (beide mit Zentralheizungsanlage): das sind Preise, mit denen selbst dann, wenn man die Monatsraten einer Art Baukostenzuschuß hinzuschlägt, zur Zeit kein anderer Wohnungsvermieter konkurrieren kann. Der bare Zuschuß beläuft sich übrigens nur auf einige hundert Reichsmark.

Bei alledem bleibt selbstverständlich eine bange Frage offen, nämlich die nach der Heizbarkeit der Wohnungen. Bei einigem Geschick wird es einem jungen Ehepaar sicherlich gelingen, sich in seiner Wohnung gemütlich und zweckmäßig einzurichten. Die Auswahl der Wohnungstypen ist ja groß genug, so daß grundsätzlich jeder das ihm Zugewandte finden dürfte. Und wenn er sich dann die richtigen Möbel kauft, wird er bestimmt in diesen Räumen ein behagliches Dasein führen können. Aber immer vorausgesetzt, daß sich die Wohnung, deren Fensterzahl beträchtlich groß ist, auch wirklich gut heizen läßt, und daß das flache Dach und die mit dem Dach

den Winkel bildenden oberen Außenwände der Feuchtigkeit der West- und Südwestwinde und der Masse des schmelzenden Schnees festen Widerstand leisten.

Das letzte und maßgebende Urteil über die Brauchbarkeit der Wohnungen wird also der Bewohner selbst zu fällen haben. Hoffen wir, daß dieses Urteil auch in bezug auf die Heizbarkeit und Trockenheit der Räume günstig ausfällt. Wir werden auf diese Frage und auf andere Einzelheiten noch in einem späteren Artikel zurückkommen.

Curt Amend.

Zum Tode Stresemanns

Die Teilnahme des Badischen Landtags

Landtagspräsident Dr. Baumgartner sandte an Frau Reichsminister Dr. Stresemann folgendes Beileidstelegramm: „Namens des Badischen Landtags spreche ich aufrichtigste Teilnahme an Ihrem schmerzlichen Verluste aus. Wir alle betrauern aufs tiefste den allzu frühen Heimgang des um unser Vaterland hochverdienten Staatsmannes, der ein Opfer seiner Pflichttreue geworden.“

Der Parteitag der Deutschen Volkspartei abgesetzt
W. Berlin, 5. Okt. (Tel.) Der Parteitag der Deutschen Volkspartei in Mannheim ist abgesetzt. Über den Zeitpunkt der Einberufung einer Zentralinsitzung der Partei wird der Parteivorstand noch Entscheidung treffen.

Schacht fährt nach Berlin

W. Baden-Baden, 5. Okt. (Tel.) Reichslandtagspräsident Dr. Schacht wird heute abend 8.55 Uhr Baden-Baden verlassen und sich nach Berlin begeben, um dort an der Beisetzung Dr. Stresemanns teilzunehmen. Die Baden-Badener Beratungen des Organisationskomitees der Internationalen Zahlungsbank werden am Montag weitergeführt.

W. Saarbrücken, 5. Okt. (Tel.) Zur Teilnahme an den Beisetzungsfeierlichkeiten für Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat sich außer dem saarländischen Mitglied der Regierungskommission, Minister Cohnmann, auch der Landesratspräsident Scheuer nach Berlin begeben.

Stresemannstraße im Herzen Berlins

W. Berlin, 5. Okt. (Tel.) Wie die „A. Z.“ hört, wird in Berliner städtischen Kreisen die Absicht erwogen, einer Straße im Herzen Berlins zu Ehren des verstorbenen Reichsaussenministers des Auswärtigen den Namen Stresemannstraße zu geben. In Betracht käme danach wahrscheinlich eine der Straßen nahe der Wilhelmstraße.

Das Beileid der Besatzungsbehörden

Die drei Oberkommissare bei der Rheinlandkommission in Koblenz sowie der Oberkommandierende der französischen Besatzungsarmee, General Guilleaumat, haben dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete durch persönliche Besuche oder telegraphisch ihr Beileid zum Tod des Reichsaussenministers Dr. Stresemann zum Ausdruck gebracht. Die Dienststellen der Rheinlandkommission sowie die Wohnungen der Oberkommissare haben halbmaß geflaggt.

Eine geheimnisvolle Mordangelegenheit in Paris

Ein Hochstapler lebendig begraben

W. Paris, 5. Okt. (Tel.) Eine geheimnisvolle Mordaffäre, die durch die Entdeckung der Leiche des lebendig begrabenen Hochstaplers Vossin, genannt Marquis de Champaubert, bekannt geworden ist, nimmt das Interesse der Pariser Presse in weitem Ausmaß in Anspruch. Sie zieht weitere Kreise, denn die sogenannten „Mitter der Themis“, die selbst in Briefen an Zeitungen dieses Verbrechen eingestehen, erklären, als Rächer der Menschheit bzw. als Vollstrecker der verfallenden Gerechtigkeit zu haben.

Es sei beschlossen worden, dafür zu sorgen, daß Hochstapler und Betrüger nach Verbüßung ihrer lächerlich geringen Strafen ihre Kat füttern, und zwar mit dem Tode. Der Pseudo-Marquis war neben einer Landstrafe begraben worden. Er erhielt durch ein Gummirohr in seinem Grabe Luft zugeführt, so daß er also schließlich Hungers starb. Der Pseudo-Marquis hat sich zu Lebzeiten für die Vererbung von Zumeinhandlern mit Hilfe von Chloroform spezialisiert, und zwar hatte er zu diesem Zweck das Schloß Brievre gemietet und dort eine mit allem Raffinement eingerichtete Menschenfalle organisiert. Nach Verbüßung seiner letzten Gefängnisstrafe, die zwei Monate zurückliegt, hatte er wegen der Herausgabe seiner Verbrechenmemoiren Verhandlungen angebahnt.

Die Presse berichtet spaltenlang über diese Affäre und macht daraus einen spannenden sensationellen Kriminalroman.

Zusammenstöße in Berlin. Heute nacht kam es in verschiedenen Stadtteilen Berlins nach nationalsozialistischen Versammlungen zu Zusammenstößen zwischen Versammlungsteilnehmern und politischen Gegnern. Im Norden schritt die Polizei rechtzeitig ein und nahm 11 Personen fest. In Siemensstadt wurden drei Nationalsozialisten durch Messerstücke schwer verletzt.

Heute nacht fuhr am Eingang des Dorfes Bennstedt bei Halle ein Lieferauto gegen einen Baum. Dabei wurden vier Insassen getötet, drei schwer und zwei leicht verletzt.

Die Baden-Badener Konferenz

Das Organisationskomitee für die internationale Bank trat am Freitag in Baden-Baden zweimal zu Sitzungen im Hotel Stephanie zusammen. Man beriet im wesentlichen noch über verhandlungstechnische Fragen.

Beschlossen wurde die Bildung eines Unterausschusses für die Behandlung der Spezialfrage der Treuhänderverträge, die die Gläubigermächte mit der internationalen Bank abzuwickeln haben gemäß der Bestimmung, daß die Bank bei der Handhabung der deutschen Annuitäten Treuhänder der Regierungen der Gläubigermächte sein soll.

Die Verhandlungen des Organisationsausschusses sind durchweg vertraulicher Natur. Man gewinnt immer mehr den Eindruck, daß in einigen wichtigen Fragen die Meinungen der Abordnungen noch weit auseinander klaffen. In erster Linie ist hier die Wahl des Sitzes der Bank zu nennen, dann aber auch scheint man insbesondere in Kreisen der amerikanischen Abordnung der Meinung zu sein, daß für eine Betätigung der Bank auf dem Gebiete der Belebung des allgemeinen Weltmarktes die Grenze ziemlich eng gesteckt werden müsse. Während man einerseits die Hauptbetätigung der Bank in ihren Funktionen als Hauptverrechnungstelle der Notenbanken nicht, stellt man andererseits ihre Aufgabe als Reparationsbank in den Vordergrund.

Der Sklarek-Standal

Beisehungsgelder

Die Untersuchung der Berliner Staatsanwaltschaft zur Aufklärung des Sklarek-Standals ist am Freitag weiter ausgedehnt worden, nachdem durch die Staatsanwaltschaft festgestellt worden ist, daß namhafte Geschenke an Magistratsmitglieder gegeben worden sind. Der „Voss. Ztg.“ zufolge haben zwischen den Brüdern Sklarek und Mitgliedern des Magistrats sowie der städtischen Verwaltung rege geschäftliche Beziehungen bestanden. Aus den beschlagnahmten Konten geht hervor, daß Zahlungen der Sklareks an bestimmte Personen erfolgt sind, von denen einige Beträge 10 000 M erheblich übersteigen. Diese Feststellungen haben die Vermutung dringend werden lassen, daß die Sklareks mit Beisehungen gearbeitet haben. Die Vernehmungen in dieser Hinsicht beginnen heute.

Zu Erklärungen des Magistrats und der Staatsanwaltschaft, daß die sogenannte Sklarek-Anzugsliste (auf der diejenigen Personen verzeichnet sind, die sich durch Unterstützung und Empfehlung der Brüder Sklarek Anzüge für 80 M beschaffen, deren normaler Preis 400 M betrug) nicht in ihrem Besitz sei, schreibt das „A. Tagebl.“: Bei der Prüfung dieser Erklärungen muß man beachten, daß in ihnen nicht die Existenz, sondern nur der Besitz der Liste bestritten wird. Einige Namen, die auf der Liste vermerkt sein sollen, werden in Magistratskreisen eifrig kolportiert. Diese Namen gehören hochgestellten Mitgliedern der Stadtverwaltung an. Die Liste enthält, wie von vertrauenswürdiger Seite berichtet wird, die Namen kleiner Leute, die aus dem Hause in der Friedrichstraße immer nur einen Anzug bezogen haben, daneben aber auch die Großen, die gleich mehrere Anzüge bezogen haben, oder auch, damit noch nicht zufrieden, sich gleich auch mit wohlfeilen Wägen verlorzt haben.

Der Berliner Magistrat beschloß, von dem bis 1935 verlängerten Lieferungsvertrag mit den Brüdern Sklarek zurückzutreten. Die drei Direktoren der Berliner Stadtbank, Schmitt, Hoffmann und Schröder, gegen die vom Magistrat ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden ist, sind auf ihren Antrag beurlaubt worden.

Ein Schuldisziplinarfall in Goslar

Der amtliche Preussische Pressedienst teilt zu verschiedenen Meldungen über Demonstrationen höherer Schüler gegen die Reichsflaggen und ihre Folgen mit:

„Es handelt sich keineswegs um kleine harmlose Entgleisungen von einzelnen Schülern, sondern um einen Fall von so unerhörter Schwere, daß mit aller Entschiedenheit dagegen vorgegangen werden mußte. Nach sehr sorgfältiger Prüfung an Ort und Stelle ist festgestellt worden, daß Schüler, die zum Teil bald hinaus ins Leben treten sollen, an einem besonders feierlichen Gedenktag die verfassungsmäßigen Farben der Deutschen Republik beschimpften, die Schleißen mit den Reichsflaggen von den Kränzen abgerissen und zertreten haben. Es handelt sich um einen demonstrativen herausfordernden Akt, der sich vor den Augen der Lehrer selbst abspielte. Der Minister kam darum zu der Auffassung, daß nicht einmal so sehr die einzelnen Schüler straffällig geworden seien als vielmehr die Anstalt selbst, die es verkannt hatte, sie in einem anderen Geiste zu erziehen. Der Minister hat davon Abstand genommen, die an sich gerechtfertigte Strafe der Verweisung gegenüber den einzelnen Schülern zu verhängen, sondern führte die Vorfälle auf ein besonderes Verhalten der Schule zurück, die die staatsbürgerliche Erziehung vernachlässigt hatte.“

Die nun getroffene Maßnahme, wonach die Schüler des Gymnasiums und Realgymnasiums und des Lyzeums in Goslar nicht mehr von ihren eigenen Lehrern, sondern von einer besonders zu ernennenden Kommission geprüft werden sollen, hat den Zweck, zu überprüfen, ob in Zukunft die einfachsten Verpflichtungen der Anstalt, ihre heranwachsenden Schüler im staatsbürgerlichen Geiste zu erziehen, ihnen verstandesmäßige Einsicht in die Notwendigkeiten des staatlichen Zusammenlebens, sowie Haltung und Selbstbeherrschung zu vermitteln, erfüllt werden.“

Lohnpfändung

Der Einzelhandel will ein neues Gesetz

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hat die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels einen vorläufigen Entwurf eines Gesetzes über Lohn- und Gehaltspfändung ausgearbeitet.

Der Grundgedanke des Entwurfs sieht eine Staffelform der Pfändung unterworfenen bzw. pfändungsfreien Betrages vor. Von der Pfändung befreit sollen 100 M monatlich oder 22 M wöchentlich oder 8,50 M täglich sein. Bezüglich der Pfändung des übersteigenden Betrages ist, je nach der Höhe des Mehrbetrages, dessen Staffelform zu 10, 20, 30, 40 und 50 Proz. vorgesehen. Hierbei ist davon ausgegangen, daß zwar nach wie vor ein gewisser Schutz des Arbeitseinkommens aufrechterhalten werden muß, daß aber die höheren Einkommensstufen eher in der Lage sind, einen entsprechend höheren Prozentsatz des 100 M übersteigenden Mehrbetrages für den Gläubiger zur Verfügung zu stellen. Dementsprechend ist weiter vorgesehen, daß bei Arbeitseinkommen von mehr als 400 Reichsmark lediglich 200 M gepfändet und der Pfändung nicht unterworfen sind. Der genannte Prozentsatz soll sich dann für unterhaltungsbedürftige Personen um je 1 Proz., um höchstens jedoch 7 Proz. erhöhen. Ferner soll auch die mitbedienende Ehefrau eines nicht arbeitslosen oder nicht arbeitsunfähigen Ehegatten bei der Pfändung mit berücksichtigt werden.

Die Affäre Beschedowitsch. Die Sowjetbotschaft in Paris erklärt, Volkshafisrat Beschedowitsch sei seines Postens entbunden worden, weil er aus den Geldern, die ihm anvertraut worden waren, bedeutende Summen an sich genommen habe. Beschedowitsch habe, um die Aufmerksamkeit von diesem Fall abzulenken, eine Fabel erfunden, wonach er und seine Familie in der Sowjetbotschaft festgehalten und mit dem Tode bedroht worden seien.

Große Verkehrstagen

Förderung des Reiseverkehrs längs der Rheinlinie

Der Nord-Süd-Ausfluß, der die Förderung des Reiseverkehrs längs der Rheinlinie bezweckt und dem die vierzehn Städte Düsseldorf, Aachen, Köln, Wiesbaden, Mainz, Frankfurt, Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart, München, Baden-Baden, Freiburg, Luzern und Zürich angehören, trat, wie schon kurz gemeldet, in Baden-Baden zu einer Verkehrsbesprechung zusammen. Außer Vertretern der Städte wohnten der Sitzung etwa 80 Vertreter verschiedener Verkehrsunternehmen, Vertreter in- und ausländischer Eisenbahnverwaltungen, transatlantischer Schifffahrtslinien, der Rheindampfschiffahrt, der Reichspost und anderer Kraftfahrunternehmen, der Hotelverbände, der M.E.D.-Direktion und vor allem zahlreiche Mitglieder der führenden englischen und amerikanischen Reisebüros in London, Paris und Brüssel.

In der Aussprache wurde von englischer und amerikanischer Seite betont, daß eine Belebung des Verkehrs auf der Nord-Süd-Linie einträglich und eine weitere Steigerung bestimmt zu erwarten sei. Voraussetzung dieser Steigerung sei eine Verstärkung der Werbung und ein enges Zusammenarbeiten mit den englischen Reisebüros. In den Reisebedingungen in Deutschland sei im allgemeinen nichts auszufinden, und zwar weder bei der Reichsbahn und der Schifffahrt, noch bei den Kraftfahrzeugen und den Hotels. Man könne sich darauf beschränken, einige Wünsche zu äußern. Der Reichsbahn wurde empfohlen, vor allem die Fahrkarten zu vereinfachen und am besten die Kilometerhefte einzuführen. Die Anzahl der Personen, die bei Gesellschaftsreisen zur Erlangung der Ermäßigung vorgeschrieben ist, sollte herabgesetzt und den Zahlen ausländischer Eisenbahnverwaltungen angepaßt werden. Vor allem soll die Verzögerung der Fahrt durch die Zollformalitäten an der Grenze fortfallen. Eine Vermehrung der durchgehenden Züge nach dem Vorbilde des Rheingoldzuges wurde gewünscht. Weiter wurde festgestellt, daß die Aufhebung der Passiva in den Ländern, die sich zu diesem Entgegenkommen entschlossen haben, eine Belebung des Reiseverkehrs zur Folge gehabt hat. Zwischen Deutschland, der Schweiz und Österreich sollte der Passivanzug ganz abgeschafft werden.

Die Güte der deutschen Hotels wird von den Auslandsbüros allgemein anerkannt. Es wurde aber der Wunsch geäußert, daß, da der amerikanische Mittelstand, vor allem auch die studierenden jungen Amerikaner nach Europa und nach Deutschland kommen, eine Unterbringung zu billigeren Preisen geschaffen werden möchte. Ein zeitgemäßer Ausbau der Hotels und eine Erhöhung ihrer Leistungsfähigkeit wurde in der Besprechung allgemein als eine Vorbedingung für die weitere Belebung des Fremdenverkehrs bezeichnet. Um diesen Wünschen gerecht zu werden, muß aber in der Hotelindustrie die Steuerlast sich senken. Ferner wurde dem Wunsch Ausdruck gegeben, die Kraftwagenlinien noch weiter auszubauen und zu verbessern. Von dem amerikanischen Reisebüro wurde betont, man möge wegen der Schwierigkeit der Unterbringung der Reisenden vermeiden, daß große Veranstaltungen, wie etwa Festwochen usw., in die Hauptreisezeit verlegt werden. Einige Schifffahrts- und Eisenbahngesellschaften erklärten sich zu enger Zusammenarbeit bereit. Die Beamten der Reisebüros sollen durch Vorträge und durch Reisen über die verschiedenen Verkehrslinien unterrichtet werden.

Die Besprechungen in Baden-Baden haben ergeben, daß im Nord-Süd-Verkehrsausschuß ernste und eifrige Arbeit geleistet wird, und man nimmt an, daß auch Holland, dessen Vertreter sich von der Bedeutung dieser Arbeiten überzeugen konnte, freundliche Beziehungen zu dem Ausschuß anknüpft.

Tagung des Bundes deutscher Verkehrsvereine

Die vom 4. bis 6. Oktober in Freiburg stattfindende Tagung des Bundes deutscher Verkehrsvereine begann am Freitagvormittag mit den nächsthöchsten Tagungsarbeiten.

Zunächst trat der deutsche Ausschuss für Vorortverkehr und Tariffragen zusammen. Die Verbesserung und Verbilligung des Nahverkehrs seien dringender notwendig, da das Siedlungs- und Wohnbauwesen in den Vororten großen Umfang angenommen hätten. Der Vorortverkehr müsse durch Einführung von Fahrpläneinstufen verbilligt werden. Der Zuschlag zu den beschleunigten Personenzügen sollte fortfallen. Nur ein kleiner Teil sollte in Gültigkeit umgewandelt werden.

Danach leitete Direktor Siegmund (München) die Sitzung des Kraftverkehrsausschusses. Das vorgesehene Referat fiel aus, da das Reichspostministerium von der Entscheidung eines Referenten abgesehen hatte, weil die Frage der Durchführung des Personentransports zwischen Reichspost und Reichsbahn sich noch in den Anfangsstadien befindet. Über die Förderung des Kraftverkehrs entspann sich eine rege Aussprache mit dem Ergebnis, daß man zu der Meinung kam, der Kraftverkehr besitze noch eine außerordentlich große Zukunft. Direktor Wintermann setzte sich dafür ein, daß der freie Kraftverkehr, der besonders durch die Straßen- und Kleinbahnen gehemmt sei, eine freiere Entwicklung bekommen müsse. Gegen den verkehrsschädigenden Kärm der Motorräder will man mit aller Energie bei den Behörden vorstellig werden.

Danach tagte der Reichsfahrwegausschuß, der es als dringendes Verkehrserfordernis hinstellte, daß man weiter einen systematischen Ausbau der Radfahrwege in Deutschland im Auge behalten müsse.

Aus den Verhandlungen des Luftfahrt-Ausschusses ist zu erwähnen, daß sich der Ausschuss dafür einsetzte, daß für Zwecke der Luftfahrt genügend Mittel bereitgestellt werden müssen, denn die Bedeutung des Luftverkehrs nehme beständig zu. Die Zahl der Unfälle im Flugverkehr sei außerordentlich gering. Der Tagverkehr in der Luftfahrt müsse gehoben werden.

Am heutigen Samstagvormittag wurde die Hauptversammlung durch den Präsidenten des Bundes, Reichsminister a. D. Dr. Krohne, Berlin, eröffnet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Dr. Krohne, während sich die Versammelten von den Wägen erhoben, des verstorbenen Reichsaussenministers Dr. Stresemann, der gerade die Bedeutung des Luftverkehrs für Deutschland und die Annäherung der Völker erlernet habe. Nach der Begrüßung der anwesenden Vertreter der Reichs-, Staats- und städtischen Behörden sowie der betreuten Organisationen ging Dr. Krohne auf die verkehrspolitische Lage Freiburgs ein. Die Stadt Freiburg, die in der Kreuzung der großen Verkehrsstrasse Nord-Süd und West-Ost gelegen sei, habe es verstanden, eine moderne Verkehrspolitik einzuschlagen. Über die heutige Situation des deutschen Fremdenverkehrs äußerte sich Dr. Krohne hoffnungsvoll. Zum Schluß dankte der Redner den deutschen Kommunen für die wertvolle Mitarbeit.

Die Grüße der Behördenvertreter überbrachte Landeskommissar Schwörer, Freiburg; Präsident Dr. Gudelmeier, Mannheim, überbrachte die des Badischen Verkehrsverbandes mit der Versicherung, daß der Verband in Zukunft weiterhin für die deutsche Verkehrsindustrie tätig sein werde. Die Wünsche des Deutschen Wäberverbandes sprach Direktor Dr. Wolf, Baden-Baden, aus.

Professor Dr. Wahlberg, Freiburg, hielt dann einen Vortrag über das Thema „Reparationszahlungen und Fremdenverkehr“. Es folgte dann ein Referat des Professors Dr. Glümann von